Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 51 (1972)
Heft: 4

Artikel: Dunkle Wolken am italienischen Wahlhimmel
Autor: Reventlow, Rolf
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338516

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rolf Reventlow

Dunkle Wolken am italienischen Wahlhimmel

Nach zehn Jahren vielerlei Regierungskombinationen und Umbildungen ist das Experiment einer Parteienkoalition der «Linken Mitte» in einer Krise zugrunde gegangen, deren Ausgangspunkt die Wahl des Staatspräsidenten war. Selbst bei Kenntnis einiger der vielen persönlichen und Gruppengegensätze innerhalb der einzelnen Parteien war es schwer, einzusehen, dass nach so langer Zeit dieser Koalition der Abgeordnete Giovanni Leone mit den Stimmen der politischen Rechten zum Staatspräsidenten gewählt wurde. Leone ist als eminenter Jurist unbestrittenermassen ein überaus korrekter Mann, der das Gefüge der italienischen Republik nicht in Gefahr bringt. Ob er in kritischen Momenten den Mut zur richtigen Entscheidung haben wird, das jedoch ist eine andere Frage. Auf die letzte Regierungskrise hat er jedenfalls nicht den bestimmenden Einfluss zu nehmen gewusst, den sein Vorgänger Giuseppe Saragat stets durchzusetzen gewillt und in der Lage war.

So kam es praktisch zu einer Lösung der Krise, die keine Lösung darstellt. Denn die «einfarbige» – nach einem beliebten Ausdruck des politischen Vokabulars in Italien – Regierung unter dem Vorsitz von Guilio Andreotti ist keine neue Regierung, die zu regieren und eine politische Richtung darzustellen gewillt ist. Sie wurde zu dem Zweck und mit der Absicht gebildet, im Parlament in der Minderheit zu bleiben, Neuwahlen auszuschreiben und einen Wahlkampf im Sinne der Christdemokratischen Partei zu führen. Zu diesem letzteren Zweck wurde alles in dieser Regierung vereinigt, was in der christdemokratischen Arena sozusagen gut und teuer ist: für die Arbeiter der linke Katholik Carlo Donat Cattin, für die Aussenpolitik der international bekannte Aldo Moro – mit dem Sozialisten Pietro Nenni und dem Sozialdemokraten Giuseppe Saragat einer der Begründer der Kombinationen der Linken Mitte – und so ziemlich alle Christdemokraten, die im letzten Jahrzehnt Minister oder gar Ministerpräsident waren. Auf diese seltsame pragmatische Wahlkampfformel war es Andreotti möglich, alle neun Richtungsgruppen der Christdemokratischen Partei zusammenzubringen. Es gibt auch noch ein anderes Element, das die so schwierige Einigung der Parteienkonföderation der Democrazia Cristiana herbeiführte, die bevorstehende Volksabstimmung gegen das Gesetz Fortuna-Baslini, das in Italien die staatliche Ehescheidung ermöglichte. Dieses Gesetz wurde seinerzeit mit den Stimmen der sogenannten «weltlichen», also nicht religiös fixierten Parteien gegen die Stimmen der Christdemokraten, der Monarchisten und der Neofaschisten in Kammer und Senat beschlossen. Natürlich gab es einen Konflikt mit dem Vatikan, der in Italien nicht nur eine kirchliche Behörde, sondern auch ein fremder Staat ist, der Staat der Vatikanstadt. So bedeutete der Widerstand des

Vatikans gegen die staatliche Ehescheidung auch einen diplomatischen Konflikt. Der Heilige Stuhl machte geltend, dass die 1929 abgeschlossenen Verträge vom Lateran das kirchliche an die Stelle des staatlichen Eherechts setzte. Der italienische Staat dürfe demnach zwar im Zivilrecht Normen über das Eherecht setzen, jedoch nur soweit sie dem kirchlichen Eherecht, für das die Ehe unauflöslich ist und bleiben muss, entsprechen. Die Lateranverträge wurden nach dem Zweiten Weltkrieg in der Verfassung der Republik als gültige Staatsverträge anerkannt, mit den Stimmen der Kommunisten, aber gegen die Stimmen der Sozialistischen Partei. Während der langwierigen Beratungen des Scheidungsgesetzes, das der Sozialist Fortuna und der Liberale Baslini in dieser Legislaturperiode einbrachten und durchsetzten, entschied der Verfassungsgerichtshof, dass auch die Lateranverträge die Gesetzgebungsgewalt des Staates nicht einschränken. Es gab sogar weise Jesuiten, die diesen Standpunkt einnahmen, weil sie meinten, die Unauflöslichkeit der Ehe solle kraft der Überzeugung der Katholiken und nicht durch staatlichen Zwang gewahrt werden. Dann aber, nachdem die Scheidungsprozesse Einzug in die italienischen Gerichte hielten, wurden von katholischer Seite Unterschriften für ein Volksbegehren gesammelt, das durch Volksentscheid das Gesetz Fortuna-Baslini wieder ausser Kraft setzen soll. Dieser Volksentscheid ist in Italien nicht, wie in der Schweiz, ein alltäglicher Vorgang. In der republikanischen Verfassung ist er sozusagen als Korrektiv zu den Entscheidungen des Parlaments vorgesehen. Nunmehr soll er zum erstenmal erprobt werden.

Damit aber droht – in einem nie gekannten Ausmass – der uralte Gegensatz Klerikalismus-Antiklerikalismus die Nation aufzuspalten. Im und am Rande des Bereichs der Linken-Mitte-Gruppe versuchte man in den letzten Monaten, dieses Volksbegehren zu umgehen oder unmöglich zu machen. Sozialisten, Sozialdemokraten und Republikaner erdachten sich einen neuen Gesetzesentwurf für die staatliche Ehescheidung. Damit sollte die kausale Beziehung Scheidungsgesetz–Volksentscheid unterbrochen werden. Der Hintergedanke dabei war, den katholischen Linksgruppen innerhalb der Christdemokraten sozusagen einen Notausgang zu öffnen, der es ihnen ermöglichen sollte, das konfessionelle Gesicht zu wahren, aber die Ehescheidung als staatliches Gesetz bestehen zu lassen. Damit wäre der Sprengstoff «Ehescheidung» aus dem Bereich der Linken Mitte entfernt worden. Diese Idee litt – bemerkenswert in einem fast ausschliesslich katholischen Land – an einem Denkfehler. Man unterschätzte einfach die geistige Macht, die «Mutter Kirche», wie die nordirische katholische Abgeordnete Bernadette Devlin in ihrem Selbstbekenntnis den Begriff der kirchlichen Macht umschreibt, eben über weltanschaulich-religiös gebundene Menschen auszuüben in der Lage ist. Und damit war das Schicksal der Linken Mitte besiegelt. Die überaus starke Kommunistische Partei Italiens hielt sich bei diesen Auseinandersetzungen ziemlich im Hintergrund, und das aus gutem Grunde; obwohl die KPI 1946 mit ihren Stimmen für

die Anerkennung der Lateranverträge Mussolinis mit der Kirche stimmte, um im Nachkriegs-Italien katholische Stimmen zu gewinnen, verteidigte sie nunmehr in der Frage der Verabschiedung des Ehescheidungsgesetzes mit den übrigen «weltlichen» Parteien das Recht des Staates, das Eherecht modern zu gestalten. Gegenüber Volksentscheiden aber nimmt man nur sehr vorsichtig Stellung. Es ist ein öffentlich bekanntes Geheimnis, dass die KPI gar zu gerne mit den Linkskatholiken eine Koalition eingehen würde. Im politisch-journalistischen Sprachgebrauch wird dieser unerfüllbare Wunschtraum die «republica conciliare» (Konzil-Republik) genannt. Wie sich die Stellungnahmen der «weltlichen» Parteien bei der Kampagne für und gegen den Volksentscheid, also für und gegen das Gesetz über die staatliche Ehescheidung, artikulieren wird, wagt derzeit niemand vorauszusagen. Im Parlament war es leichter, das Argument der staatlichen Souveränitätsrechte zu vertreten, als auf der Piazza eines abruzzischen oder sizilianischen Dorfes. Dennoch wird die Kluft, die da aufgerissen wird, nicht mehr zu umgehen sein. Daher ist es für die Antischeidungspartei der Christdemokraten natürlich vorteilhafter, mit einer homogen christdemokratischen Minderheitsregierung in den Wahlkampf zu ziehen.

Dennoch ist der Wahlkampf, dieser Wahlkampf, für die Democrazia Cristiana keineswegs ohne Risiko. Nach den Kommunalwahlen in einer Reihe von Gemeinden des Nordens und des Südens im Juni 1971 wird allgemein angenommen, die Christdemokraten würden viele Stimmen an die neofaschistische Partei MSI abgeben. Das Ergebnis der vorjährigen Gemeindewahlen war nicht einheitlich. Doch an einigen Orten, so vor allem im Süden, hat die MSI beachtliche Erfolge erzielt, im sizilianischen Catania sogar die absolute Mehrheit im Stadtrat errungen. Mancherorts wurde das Phänomen Catania mit den besonderen Verhältnissen in Sizilien erklärt. Auf der Insel sind tatsächlich politische Überzeugungen durchweg wenig fundiert und das heimische Intrigenspiel letztendlich bestimmend, bei dem die geheim-öffentliche Mafia kräftig im Hintergrund mitzumischen pflegt. Teilweise erklärt sich die Wahltaktik der Christdemokraten seither mit dem Bestreben, sich mehr nach rechts zu orientieren, in der – vermutlich abwegigen – Hoffnung, auf diese Weise ihre Positionen zu halten.

Das neofaschistische Problem ist in den letzten zwei Jahren durch ausserparlamentarische Gewaltaktionen allerorten überaus akut und hat politisch noch keine adäquate Antwort gefunden. Es gibt eine Reihe nationalistisch rechtsorientierter Gruppen, die dem aus der Zeit der Entstehung des Faschismus in den zwanziger Jahren überkommenen Brauch huldigen, linksstehende Personen oder Institutionen mit Gewalt anzugreifen, in erster Linie die Parteilokale der drei sozialistischen Parteien[1], gelegent-

[1] Da es in Italien keine Gastwirtschaften gibt, in deren Nebenlokalen Zusammenkünfte möglich sind, richten alle politischen Parteien in gemieteten Räumen sogenannte «sedi» ein, die oftmals auch kleine Parteisekretariate sind.

lich auch der Kommunisten. Im kalabrischen Catanzaro wurde im Februar 1971 das sozialistische Parteilokal durch eine Bombe zerstört und der Ortsvorsitzende Malacaria getötet. Besonders lebhaft waren Sprengstoffattentate in den Jahren 1970 und 1971 in Trient, wo sich insbesondere unter den Studenten nationalistisch-faschistoide Gruppen bildeten mit dem Ziel, politisch Andersdenkende zu terrorisieren. Und das sind nur einige von vielen Beispielen landauf, landab. Unter den organisierten Gruppen dieser Art wird mit an erster Stelle die Avantguardiza Nazionale (Nationaler Vortrupp) genannt, deren Chef Stefano delle Chiaie seit August 1971 von der Polizei gesucht wird. Delle Chiaie hat schon eine Art «Karriere» hinter sich. Ende der fünfziger Jahre kannte man ihn im Appia-Viertel der Ewigen Stadt als Vorsitzenden der MSI.

Dann schloss er sich der Gruppe Ordine Nuovo (Neue Ordnung) an, formierte eine politisch kaum definierbare Schlägertruppe, die sich Revolutionäre Aktionsgruppe nannte, aber keinen Bestand hatte, und nahm schliesslich an der Gründung des Nationalen Vortrupps teil. Nach einer Aufstellung des sozialistischen Parteiblattes «Avanti» hat er allein im Stadtbereich Rom in den Jahren 1962 bis 1968 nicht weniger als 15 Sprengstoffattentate auf dem Gewissen. Es gab da offenbar auch Reisen nach Griechenland, die keine Badereisen waren. Das öftern, hier wie anderwärts, werden derartige halb- oder auch illegale Aktionsgruppen mit Mittelsmännern der griechischen Obersten in Verbindung gebracht. In allen Linkskreisen wird davon ausgegangen, dass es dem griechischen Oberstenregime überaus gelegen käme, in Italien eine politisch verwandtschaftlich gesinnte Regierung zu haben. Dann würden die zahlreichen griechischen Studenten in Italien nicht so leicht auf politisch unliebsame Gedanken kommen. Etwas hin und her ging in den letzten Jahren die Geschichte der «Neuen Ordnung», die 1954 von dem Journalisten Pino Rauto begründet wurde. Es gab da eine Ablösung von der MSI, zu der aber in späteren Jahren ein grosser Teil der Mitläufer wieder zurückkehrte. Zahlreiche gewalttätige Angriffe auf linksoriente Sekundarschüler und Parteilokale verschiedener Parteien zeichnen die Wege der faschistischen «Neuen Ordnung». Die ideologische Ausrichtung vertritt ein Wochenblättchen «Noi» (Wir). Nunmehr, im Februar 1972, wurde eine gerichtliche Untersuchung dieser Gruppe eingeleitet. Stärker noch ist die mit der Abkürzung ESESI bezeichnete Gruppe vom griechischen Regime abhängig. Man nimmt an, dass sie eigentlich eine Abteilung des griechischen Geheimdienstes darstellt und, abgesehen von der Unterstützung aller Rechtsextremisten, die politische Kontrolle der griechischen Studenten in Italien besorgt. Auf dreitausend werden die Mitglieder der Europa Civiltà (Europäische Zivilisation) geschätzt, die eine Art Schulungsgruppe für Schläger darstellt, deren Einsatz dann da und dort die MSI oder der Nationale Vortrupp besorgt. Man vermutet als Hauptdrahtzieher einen belgischen Journalisten, vermutlich ein Mann aus dem Kreis der belgischen «Rex»-

Bewegung, die zu Zeiten der Nazibesetzung Belgiens unrühmlich von sich reden machte. Im Vordergrund jedoch steht ein noch junger Aktivist, Loris Facchinetti. Viel stärker scheint numerisch die Costituente Nazionale Rivoluzionaria, abgekürzt CNR (Nationalrevolutionäre Konvention), zu sein. Man schätzt sie auf ungefähr 10 000 Mitglieder.

Sie wird in offener Form von der MSI unterstützt. Der Leiter, Giacomo de Sasio, ist ein zu den Nationalisten übergelaufener Sozialdemokrat. Weniger bedeutend, aber durch ihre Existenz doch ein Beweis des Auftriebs des alt-neuen Nationalismus sind die PND, eine Art Imitation der bundesdeutschen NPD, und der bisher erfolglose Versuch einer Gaullismus-Imitation die von Randolfo Pacciardi begründete Nuova Republica. Sie ist nicht eigentlich eine eigenständige Bewegung geworden und lehnt sich an rechtsextremistische Gruppierungen an. Ihr Begründer, Randolfo Pacciardi, ist das Musterbeispiel politischer Arterienverkalkung eines alternden Mannes. Pacciardi emigrierte 1926 als Republikaner in die Schweiz, war lange Jahre – etwas inoffiziell – Redaktor der sozialistischen «Libera Stampa» in Lugano, kommandierte im Spanischen Bürgerkrieg auf republikanischer Seite zeitweise das italienische Freiwilligenbataillon «Garibaldi», wurde in der Nachkriegszeit Verteidigungsminister unter de Gasperi. Erst vor wenigen Jahren trennte er sich von der kleinen und regional begrenzten Republikanischen Partei. Man kennt eine andere, der MSI dienstbare Gruppe, die Volontari MSI (Freiwillige MSI) unter der Führung von Alberto Rossi, nur bewaffnet mit Schlagstöcken, Ketten und ähnlichen Behelfsmitteln. Der MSI-Abgeordnete Cardonna unterhält ausserdem eine persönliche Leibgarde, die er mit je 300 Lire pro Tag besoldet. Schliesslich sind noch die GAN, Gruppi di Azione Nazionale (Nationale Aktionsgruppen) bekannt, die sich durch die Zeitschrift «Il Borghese» (Der Bourgeois) ihres Gründers Mario Tedeschi als eindeutig faschistisch bekennen. Im studentischen Bereich gibt es noch die Giovane Italia (Junges Italien), der man 1970 rund 65 000 Anhänger oder Mitglieder zuschrieb. Sie ist eine Unterorganisation der MSI und wird gegen Linksstudenten oftmals gewalttätig.

Natürlich gibt es, wie in der Bundesrepublik Deutschland, ein Gesetz gegen die Wiedererrichtung faschistischer Organisationen, das Gesetz Nr. 645 vom 20. Juni 1952. Bei rigoroser Anwendung wäre es der MSI mit ihren oft zweideutig-eindeutigen Querverbindungen schon seit geraumer Zeit gefährlich geworden. Aber es wurde bislang kaum beachtet. Natürlich bestehen auch in Italien in Justiz und Polizei vielerlei konservative, im Vorgestrigen wurzelnde Strömungen, die hemmend wirken. Lange Zeit gab man den mehr oder minder vereinzelt auftretenden Schlägertrupps auch keine andere Bedeutung als die eines, wenn auch politisch akzentuierten Rowdytums. Seit Dezember 1971 hat sich das geändert. Den Justizbehörden wurde bekannt, dass der Prinz Junio Valerio Borghese, ein keineswegs unbeschriebenes Blatt, eine regelrechte Verschwörung zum

Sturz des demokratischen Regimes begonnen hatte. Der römische Aristokrat war in faschistischer Zeit an höchster Stelle wohlgelitten. In der zweiten Phase des Krieges in Italien, als Mussolini am 8. September 1944 sich mit seinen Getreuen an den Gardasee zurückgezogen hatte[2], wurde Borghese Chef der politischen Kontrolle und der zur Bekämpfung der mit den Alliierten kämpfenden Partisanen bestimmten Organisation, die unter dem Namen «Xa MAS»[3] traurige Berühmtheit erlangte. Zu lebenslänglichem Zuchthaus wegen Kriegsverbrechen nach dem Krieg verurteilt, wurde Borghese 1949 amnestiert. In den fünfziger Jahren begründete er dann den Fronte Nazionale (Nationale Front), eine mitgliederstarke Organisation, die in der Öffentlichkeit wenig hervortrat. Im Dezember 1971 wurde die politische Polizei gewahr, dass die Nationale Front in Konventikeln mit aktiven und ehemaligen Fallschirmjägeroffizieren eine Aktion vorbereitete. Man nimmt an, es sollte – mit Hilfe noch nicht identifizierter Helfershelfer höheren Ortes – ein Staatsstreich vorbereitet werden. Es gab aber Meinungsverschiedenheiten mit dem gemässigten Schatzmeister der Front, einem gewissen Armando Calzolari. Im Januar 1972 wurde Calzolari tot in einem Weiher der Umgebung Roms aufgefunden. Angeblich war er ertrunken.

Nach näheren Untersuchungen ist diese These unwahrscheinlich. Jedenfalls bekam in diesem Zusammenhang die Polizei Wind von den Zusammenkünften der Verschwörer. Ehe er festgenommen werden konnte, verschwand Borghese. Angeblich hat er in Franco-Spanien ein – sicherlich ungefährdetes – Asyl gefunden. Diese und andere Vorkommnisse führten unmittelbar zu ausgedehnten Nachforschungen des Oberstaatsanwalts von Mailand, Luigi Bianchi d'Espinosa, und seines Stellvertreters Raimondo Sinagra gegen alle diese neofaschistischen Gruppierungen, aber auch gegen die MSI selbst. Dabei geht es nicht um einzelne Gewalttaten oder Vergehen gegen die öffentliche Ordnung, sondern um das Gesetz Nr. 645 vom 12. Juni 1952, das die Fortsetzung oder Wiederaufnahme jeglicher politischer Tätigkeit im Sinne der einstigen faschistischen Partei unter Strafe stellt. Bereits aufgrund der bisher durchgeführten Voruntersuchung hat der Oberstaatsanwalt alle derartigen Verfahren und Untersuchungen dieser Art im ganzen Lande an sich gezogen. Das kam einer Kriegserklärung gegen den Neofaschismus gleich. Die unmittelbare Reaktion blieb nicht

[2] Da Marschall Badoglio den Faschismus im Einvernehmen mit dem König stürzte, nannte sich die Mussolini-Regierung in Saló «Soziale Republik». Im politischen Sprachgebrauch werden diese Faschisten der letzten Epoche als «republichini» statt republicani bezeichnet.

[3] MAS ist die Abkürzung für Motoscafo Antisottomarino, auf deutsch Unterseebootzerstörer. Es handelte sich um die zehnte (Decima) Einheit solcher Zerstörer der Kriegsmarine, die von Borghese kommandiert worden war. Nach dem Waffenstillstand und der Flucht Mussolinis nach dem Norden wurde der Name auf diese Truppe der Partisanenbekämpfung übertragen, die eng mit der deutschen SS zusammenarbeitete.

aus. Im Domizil dieses Oberstaatsanwaltes und in dem eines seiner Stellvertreter explodierten Sprengkörper, für die in Flugblättern die SAM die Verantworung für sich in Anspruch nahm. Das Stichwort SAM wird mit Squadre d'Azione Mussolini, also Aktionsgruppen Mussolini, übersetzt. Diese neue Bezeichnung tauchte bereits kurz zuvor in Mailand bei Sprengstoffattentaten gegen Erinnerungstafeln für die Partisanen und auf das Gebäude der kommunistischen Parteizeitung «Unità» auf.

In diesem Moment der Auseinandersetzung der Organe des republikanischen Rechtsstaates mit den Gewalttaten, die in Italien in Erinnerung an den Bürgerkrieg des Faschismus der zwanziger Jahre generell «squadrismo» genannt wird, aber auch mit der politischen Ausrichtung dieser Bewegung und der MSI, wurde nun die Regierung für den nächsten Wahlkampf, der vorgezogen wird, bestellt. Dabei kann – für die Ausrichtung des bald bevorstehenden Wahlkampfs – kaum übersehen werden, dass sich die Democrazia Cristiana mehr nach rechts orientiert, trotz ihrer linken Richtungsgruppen. Diese Tendenz zeigte sich bereits 1971 nach den teilweisen Gemeindewahlen, als es vor dem Bildschirm zu einem Gespräch zwischen dem Abgeordneten Almirante, Vorsitzenden der neofaschistischen MSI, und dem christdemokratischen Abgeordneten Andreotti, dem nunmehrigen Regierungschef, kam. Diese Fernsehdiskussion fand gleich zweimal statt, einmal in Italien und dann nochmals im französischen Fernsehen. Andreotti erklärte sich damals – im Juli 1971 – mit Almirante einverstanden, dass der Staat von links bedroht sei. Überhaupt ging Giulio Andreotti keineswegs bösartig mit dem Exponenten der neofaschistischen Partei um. Er stufte deren Anhänger nicht als Neofaschisten ein und meinte, nach den nächsten Parlamentswahlen würden MSI und Democrazia Cristiana einander näher kommen. So kann es denn nicht wundernehmen, dass die MSI sich derzeit mit Heftigkeit dagegen wehrt, von Amtes wegen als neofaschistisch eingestuft zu werden. Soweit es im Moment übersehen werden kann, werden sich da und dort in italienischen Landen in den Justizverwaltungen Staatsanwälte und Richter finden, die sich bemühen werden, die Verfahren versanden zu lassen. Juristisch greifbar sind zweifelsohne eine Reihe von Gewaltakten, deren Urheber man teilweise habhaft wurde. Ob bei der Staatsstreichaffäre des flüchtigen Prinzen Borghese die schlüssigen Beweise zu liefern sind, muss noch abgewartet werden. Es verbleibt also nicht nur im kommenden Wahlkampf, und darüber hinaus für die kommende Zeit, das politische Problem, ob die Christdemokratische Partei – in deren Reihen es einige angesehene und nicht anzweifelbare Antifaschisten gibt – ihre Politik unzweideutig republikanisch-demokratisch ausrichtet oder nach rechts Konzessionen zu machen bereit ist, in der trügerischen Hoffnung, der MSI das Wasser abzugraben. Die Tatsache, dass Präsident Leone mit den Stimmen der MSI gewählt wurde, dass die MSI auch in der Ehescheidungsfrage mit den Christdemokraten stimmte, ist für die Zukunft Italiens kein gutes Vorzeichen, ebenso-

wenig wie der kommende Volksentscheid. Während die neun Richtungsgruppen der Christdemokraten nun trotz aller Gegensätzlichkeiten eine Regierung bildeten und geschlossen den Wahlkampf führen, tritt die Linke den Kampf in aufgelöster Schlachtordnung an. Die stärkste und in sich geschlossenste Partei der Linken ist die Kommunistische Partei, die zudem in Gemeinden wie Bologna und der Region Emilia-Romagna über starke Stellungen[4] verfügt. Als zweitstärkste nach den Kommunisten tritt die Sozialistische Partei (PSI) auf. Eine frühere Aufsplitterung in organisierte Richtungsgruppen ist fast nicht mehr spürbar. Dafür gibt es links von ihr noch die Sozialistische Partei für proletarische Einheit (PSIUP), die viel von ihrer inneren Festigkeit verloren zu haben scheint, und rechts die Sozialdemokratische Partei (PSDI). Seit der Rückkehr von Giuseppe Saragat aus dem präsidialen Olymp[5] scheint in ihren Reihen eine gewissen Verfestigung einzutreten. Der Vorsitzende Mauro Ferri, der durch Projekte einer mehr präsidialen, sprich gaullistischen Verfassung sich selbst sein politisches Grab schaufelte, trat kürzlich zurück und wurde durch Mario Tanassi ersetzt. Obwohl bei den letzten Wahlgängen Sozialdemokraten und Sozialisten mehr Stimmen gewannen als zuvor im Zustand einer nur befristeten Vereinigung, muss füglich bezweifelt werden, dass diese Aufteilung in getrennte Parteien politisch vertretbar ist. Angesichts der Lage wäre zweifellos eher die Losung angebracht: der Feind steht rechts.

[4] Radio Beromünster brachte hierüber kürzlich eine sehr anschauliche Reportage, an Rom vorbei, aus verschiedenen italienischen Städten, in der auch der kommunistische Bürgermeister von Bologna zu Wort kam.

[5] Ehemalige Präsidenten der Republik bleiben Senatoren auf Lebenszeit.

Die entwickelte Organisationsform der Klassenkämpfe konnte sich nur dort entfalten, wo die grösste Akkumulation des Kapitals mit der grössten Agglomeration der Bevölkerung bereits räumlich verbunden ist: in der *Industrieregion Turin*. Bei Fiat in Turin sind die Widersprüche des italienischen Kapitals am schärfsten entwickelt:

– niedere Reallöhne unter dem Druck des internationalen Wettbewerbs,

– absolute Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch extensive und intensive Ausbeutung,

– ausserordentliche Verteuerung der Lebenshaltungskosten (Lebensmittel, Mieten, Dienstleistungen),

– politische Krise der herrschenden Klasse als Krise der Institutionen und sozialen Kontrollinstanzen,

– Widersprüche von Stadt und Land, Nord und Süd (80 Prozent der Fiat-Arbeiter sind aus dem Süden).

Georg Kohlmaier/Peter Jirak, «Neues Forum», März 1972